

Bewegte Mittagspause in Münster-Innenstadt

Auch die 2. Verhandlungsrunde hat keine Ergebnisse gebracht, da die Vorstellungen der Verhandlungspartner extrem weit auseinander liegen. Weder eine stufengleiche Höhergruppierung noch eine neue Entgeltordnung wird von der TdL akzeptiert.

Klar ist, eine Annäherung an unsere Forderungen ist ohne einen Schritt der Arbeitgeber in unsere Richtung nicht zu erreichen. Der Druck auf der Straße ist muss erhöht und zu intensiviert. Die bundesweiten Aktionen sind angelaufen.

Das Finanzamt Münster-Innenstadt macht für NRW den Anfang und stimmt schon mal auf den Marsch zum Landtag am 26.02.2019 ein. 150 Mitglieder und Beschäftigte hatten sich am 14.02.2019 zusammen mit unseren DBB-Freunden vom VdLA (organisiert u.a. im LBV) und der Justiz (BSD) in der Mittagspause vor dem Finanzamt zu einer Protestkundgebung versammelt.

Für den dbb und die dbb tarifunion trat der DSTG-Chefverhandler Karl-Heinz Leverkus ans Mikro. Für die aktuelle Situation fand er klare Worte. "Es ist deutlich geworden, dass wir uns ab dem 28. Februar in Potsdam nicht zu einem netten Plauderstündchen mit den Arbeitgebern treffen. Deshalb müssen wir uns auch darauf verlassen können, dass Ihr bereit seid, - weiter zu demonstrieren, - weiter zu streiken und - uns weiter den Rücken zu stärken, wenn wir Billigangebote der Arbeitgeber ablehnen. - Steht nicht nur hinter uns, sondern geht mit uns den Weg!", so Leverkus.

Danach ergriff der Bezirksverbandsvorsitzende Westfalen-Lippe, Heinz-Katerkamp, das Wort für die DSTG und unterstrich noch mal die Erwartungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst: "Unsere Forderung ist einfach: Faire Bezahlung für gute Leistung. Da sind 6% nicht zu viel. Wir werden unseren Protest auf die Straße tragen und rufen zur Demo in Düsseldorf auf. Bedenkt bitte: Die Tarifrunde geht alle an: Regierungsbeschäftigte, Beamte, Rentner und Pensionäre. Wir sehen uns in Düsseldorf und Danke, dass Ihr heute dabei wart!"



Lehrer-Demonstration zu den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst 2019



"Starke Lehrkräfte – faire Löhne. Bessere Bezahlung für beste Bildung.“ – So lautete das Motto einer Demonstration von etwa 40 verbeamteten und angestellten Lehrkräften des Adolph-Kolping-Berufskollegs und einiger Kollegen weiterer städtischer Berufskollegs am Dienstag, dem 26.02.2019 an der Münsteraner Promenade. Mit dieser vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW (VLBS) initiierten Aktion wollten die „VLBS-Grünen Westen“ den am gleichen Tag stattfindenden Warnstreik und die Großkundgebung ihrer tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf unterstützen. In Potsdam findet ab dem 28. Februar die dritte Runde der Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes statt, an denen auch Johannes Schütte, VLBS-Vorsitzender im Bezirk Arnsberg, teilnimmt.

Der Protest des Lehrerkollegiums wurde bewusst vor Dienstbeginn von 7.00 bis 7.45 Uhr angesetzt, um den regulären Unterrichtsablauf nicht zu gefährden.

Für das leibliche Wohl hatte Bäckermeister und Fachlehrer **Thomas Stürznickel** gesorgt, der sich bereits um 4.00 Uhr früh in der Schulbäckerei des Adolph-Kolping-Berufskollegs ans Werk gemacht hatte und seine Kollegen mit knackigen Brötchen und Kaffee versorgte. Frisch gestärkt bekundeten die Teilnehmer lautstark ihre Anliegen und solidarisierten sich für die gute Sache, bevor sie sich dann voll motiviert in ihren Unterricht begaben.

Jörn Brüggemann, Lehrer am Adolph-Kolping-Berufskolleg und Stadtverbandsvorsitzender des VLBS, hat in einem Interview mit dem Pressebüro des Adolph-Kolping-Berufskollegs (PreDok) zum Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer in NRW Stellung genommen.

PreDok: Warum demonstrieren die verbeamteten Lehrer?

Brüggemann: Wir wollen damit ihre Solidarität mit den nach Tarif bezahlten Kolleginnen und Kollegen, aber auch unsere Interessen zum Ausdruck bringen. Die Forderung lautet, dass nach Abschluss des Tarifergebnisses eine 1:1-Übernahme für alle Beamten durch die Landesregierung erfolgt.

PreDok: Worum geht es genau?

Brüggemann: Die Lehrer-Gewerkschaften fordern eine der Einkommensentwicklung angemessene, spürbare Gehaltserhöhung von 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro. Der Beruf muss auch finanziell attraktiv sein, sonst gehen uns bald die Lehrkräfte aus. Und das schadet direkt der Wirtschaft.

PreDok: Warum?

Brüggemann: An den Berufskollegs in Münster besteht eine zentrale Aufgabe darin, Fachkräfte in vielen technischen Bereichen zu unterrichten. Es ist sehr schwierig, für diese Fächer genügend Lehrkräfte zu finden. Wir sind deshalb auf Seiteneinsteiger und Ingenieure aus der Wirtschaft angewiesen. Und die wechseln die Seiten nur, wenn das Gehalt stimmt. Die Berufsschulen müssen also konkurrenzfähig gegenüber der Industrie sein.

PreDok: Aber wo droht ein Schaden für die Wirtschaft?

Brüggemann: Na, wir Berufskolleglehrerinnen und -lehrer bilden die dringend benötigten Fachkräfte, den Nachwuchs für die Wirtschaft, aus. Diese jungen Leute sind die Zukunft für ein starkes Land NRW. Wenn die Lehrkräfte fehlen, fehlen bald auch die Fachkräfte und Ingenieure.

PreDok: Und die Seiteneinsteiger können nicht verbeamtet werden?

Brüggemann: Das ist leider häufig der Fall. Die Altersgrenze für eine Verbeamtung liegt in Nordrhein-Westfalen derzeit bei 42 Jahren. Wer erst danach an eine Schule wechselt, muss Angestellter bleiben. Und als solcher liegt das Nettoeinkommen erheblich niedriger als bei den verbeamteten Kollegen. Am liebsten würden sicherlich alle Lehrerinnen und Lehrer Beamte sein.

PreDok: Wieso demonstrieren die Lehrkräfte auf dem Bürgersteig?

Brüggemann: Die Schulleitungen haben uns gebeten, nicht auf dem Schulhof zu demonstrieren wegen des Neutralitätsgebotes.

PreDok: Herr Brüggemann, wir danken für das Interview.

Text: Jörn Brüggemann und Werner Grundhoff; Foto: Werner Grundhoff

DBB Protestdemonstration am 26.02.2019 in Düsseldorf

Mit 10.000 Teilnehmern,
davon mehr als 200 aus Münster



Kurz vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder haben sich Beschäftigte in ganz NRW am 26. Februar 2019 an einem Warnstreik beteiligt. Alleine in Düsseldorf gingen mehr als 10.000 von ihnen für höhere Einkommen auf die Straße. Die Demonstration endete mit einer Kundgebung vor dem nordrhein-westfälischen Landtag.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte dort: „Die Bundesländer arbeiten offensichtlich hart daran, sich selbst abzuschaffen. Immer mehr Aufgaben bleiben liegen, immer mehr Kompetenzen wandern zum Bund. Und warum? Die Länder sind nicht bereit sind, in ihr Personal zu investieren. Stellen werden befristet oder gleich ganz gestrichen. Die Bezahlung ist im Vergleich zu Bund und Kommunen nicht konkurrenzfähig – von der Privatwirtschaft ganz zu schweigen. Von Wertschätzung für das Bestandspersonal ist nichts zu sehen. Der öffentliche Dienst der Länder mit seinen fast 2,4 Millionen Beschäftigten wird sehenden Auges vor die Wand gefahren. Aber das werden wir nicht zulassen.“

Die Arbeitgeberseite (Tarifgemeinschaft deutscher Länder - TdL) mit dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz an der Spitze müsse nun endlich den Weg für einen ordentlichen Tarifabschluss freimachen. „Statt sich hinter den klammen Stadtstaaten zu verstecken, muss die Landesregierung von NRW endlich Farbe bekennen. Ich erwarte

von Ministerpräsident Laschet und seinem Finanzminister Lienenkämper, dass sie ihren Einfluss in der TdL nutzen, damit auch zukünftig Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Infrastruktur flächendeckend gewährleistet sind“, so der dbb Verhandlungsführer.

Der dbb Landeschef in NRW, Roland Staude, wies auf die drängenden Probleme bei der Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung hin. „Die Kolleginnen und Kollegen leisten einen wertvollen Dienst für die Gesellschaft und genau diese Sinnhaftigkeit suchen viele junge Menschen. Das reicht aber nicht. Wir müssen verlässliche Perspektiven, gute Karrierechancen und nicht zuletzt ordentliche Einkommen bieten. Das gilt natürlich für die Tarifbeschäftigten und die Beamtenschaft gleichermaßen. Daher erwarten wir nicht nur einen zukunftsweisenden Tarifabschluss, sondern auch, dass dessen Volumen zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen wird.“



Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind in NRW mehr als 750.000 Beschäftigte betroffen: Über 188.000 Tarifbeschäftigte des Landes sowie über 566.000 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Der letzte vereinbarte Verhandlungstermin ist für den 28. Februar - 1. März 2019 (in Potsdam) angesetzt.

Wir fordern:

Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, mindestens 200 Euro; Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro; Erhöhung der Pflegetabelle zusätzlich um 300 Euro; Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme von Auszubildenden; Schaffung von Regelungen über die Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs- / praxisintegrierten dualen Studiengängen.